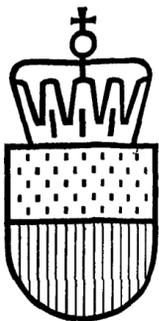


Liechtensteiner Volksblatt

Bezugspreise: Inland und Schweiz jährlich Fr. 18.—, halbjährlich Fr. 9.50, vierteljährlich Fr. 4.80. Ausland jährlich Fr. 36.—, halbjährlich Fr. 18.—.
Bestellungen nehmen entgegen: Die Postämter und die Verwaltung des „Liechtensteiner Volksblatt“ in Vaduz, Altenbachstrasse, Tel. (075) 221 43, Postcheckkonto IX 2988 St. Gallen. Redaktion: Vaduz, Commerzhaus, Telefon (075) 213 94. Druck: Buchdruckerei Gutenberg, Schaan, Liechtenstein



Amtliches Publikationsorgan

des Fürstentums Liechtenstein

Anzeigenpreise: Die einspaltige Millimeter-Zeile: Anzeigen Reklame
Inland 10 Rp. 25 Rp.
Angrenzendes Rheintal, Sargans bis Sennwald 12 Rp. 27 Rp.
Schweiz 13 Rp. 29 Rp.
Uebrigtes Ausland 15 Rp. 33 Rp.
Anzeigenannahme: Für das Inland, Verwaltung in Vaduz, Telefon 221 43. Für das Rheintal, die Schweiz und das übrige Ausland «ASSA» Schweizer Annoncen AG, St. Gallen, Telefon (071) 22 26 26 und übrige Zweiggeschäfte.

AZ Vaduz - Dienstag, 14. Mai 1963

Erscheint Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Samstag

97. Jahrgang — Nr. 72

Fanfani gefährlicher Weg

Vor einer schwierigen Regierungsbildung in Italien

Rom (W.P.) Die empfindlichen Verluste der Democrazia Cristiana von mehr als 755 000 Stimmen und dreizehn Kammerabgeordneten, der von keiner Seite erwartete Vormarsch der Kommunisten, die über eine Million Stimmen gewannen und schließlich der ungewöhnliche Zuwachs der Liberalen, die in doppelter Stärke aus den jüngsten italienischen Parlamentswahlen hervorgegangen sind, werden im gesamten Bürgertum und seiner Presse als Mißerfolg der Zentrum-Linkspolitik des Ministerpräsidenten Fanfani ausgelegt. Die seinerzeit im Rahmen des DC-Parteikongresses in Neapel beschlossene Kollaboration mit den links-extremen Nenni-Sozialisten, welche den Kommunismus im Land hätte eindämmen sollen, erwies sich als unglückliche Lösung. Anstelle einer Schwächung der Gefolgsleute Moskaus trat genau das Gegenteil ein: Togliatti verfügt heute über 7,7 Wählerstimmen gegenüber 6,7 Millionen im Jahre 1958; der Zuwachs beträgt 2,6 Prozent, die Totalziffer 25,3 Prozent. Der Mailänder «Corriere della Sera» bezeichnet den Erfolg der Linksextremisten als höchst beunruhigend, ja alarmierend und zugleich als die negativste Auswirkung der Politik der «Apertura a sinistra». Es ist auch ein peinliches Gefühl, feststellen zu müssen, daß die Kommunisten ausgerechnet in der Toscana, vor allem in den Wahlbezirken Fanfanis, den größten Auftrieb auf Kosten der Christlich-Demokraten zu erringen vermochten. Die Tatsache, daß auch die Nenni-Sozialisten Stimmen an die Kommunisten abtreten mußten, ist kaum mehr als ein kleiner Trost.

Diese Kräfteverschiebung hat die Democrazia Cristiana, die ihre früheren Erfolge der klaren Trennungslinie gegenüber den Linksextremisten verdankte, in eine kritische Lage gebracht. Sie hat nun in erster Linie darüber zu entscheiden, ob der bisherige Regierungskurs fortgesetzt werden soll oder nicht. Selbst wenn sich die Christlich-Demokraten weiterhin für Nenni entscheiden sollten, besteht für sie die Gefahr, daß die Linksozialisten den Preis für ihre Unterstützung recht unbedenklich in die Höhe treiben u. auf weiteren Experimenten auf Kosten der ohnehin beunruhigten Privatwirts-

schaft beharren. Hierfür dürfte der rechte Flügel der DC wohl kaum die Hand bieten;

vielmehr zeichnet sich theoretisch die Gefahr einer Volksfrontbildung ab, denn die beiden linksextremistischen Parteien erreichen zusammen über elf Millionen Stimmen, während die DC noch über 11,7 Millionen Stimmen verfügt.

Das Verhältnis von 39,1 zu 39,3 Prozent ist zweifellos kritisch geworden. Es fehlt nicht an Beobachtern, die auf Grund dieser Proportion dem Linksblock reale Chancen, kurz über lang an die Macht in Italien zu kommen, einräumen.

Ein gangbarer Weg — wenigstens theoretisch — wäre die Rückkehr zu einer Regierungskoalition des rechten Zentrums, d. h. der Christlich-Demokraten, der Liberalen und der Neofaschisten. Zusammen würden diese Parteien im Parlament über eine Mehrheit von 334

gegenüber 630 Mandaten verfügen. In der Praxis scheint jedoch eine solche Kombination unter den gegenwärtigen Umständen illusorisch. Möglich wäre ferner eine Regierung des gemäßigten Zentrums mit der DC, den Liberalen und den Sozialdemokraten mit 332 Mandaten in der Abgeordnetenkammer. Es scheint höchst fraglich, ob die Sozialdemokraten dazu Hand bieten werden. Als letzter Ausweg bleibt die Formel des linken Zentrums, der Zusammenarbeit der DC, der Sozialdemokraten und Republikaner mit Hilfe der Nenni-Sozialisten. Diese Kombination brächte eine überwiegende Mehrheit von 386 Stimmen, vorausgesetzt, daß Nenni den Bogen seiner Forderungen nicht überspannt.

Sollte die «Politik des Linken Zentrums» fortgesetzt werden, besteht keine Gefahr dafür, daß Italien in den nächsten vier Jahren der neuen Legislaturperiode nicht noch tiefer in den kommunistischen Einfluß gerät und die DC noch mehr an «Substanz» verliert bzw. an andere Parteien abgeben muß.

Politische Festigung der Freihandelszone

Das Ergebnis der EFTA-Konferenz in Lissabon

Lissabon (Kl.) Die Ministerratstagung der Kleinen Freihandelszone (EFTA), die am Donnerstag, Freitag und Samstag unter dem Vorsitz des portugiesischen Staatsministers Oliveira in Lissabon getagt hat, bildet das ereignisreichste und politisch ergiebigste Treffen der Sieben seit der Unterzeichnung der Konvention von Stockholm am 4. Januar 1960. In wirtschaftlicher Hinsicht bezeichnete der schweizerische Wortführer das Konferenzergebnis als befriedigend und bedeutungsvoll, weil nun für die Zukunft klare Verhältnisse geschaffen worden seien. Gemäß dem neuen und nach langen Verhandlungen angenommenen Zeitplan werden die Industrieprodukte unter den Mitgliedstaaten vom 31. Dezember 1966 an frei verkehren. Gegenwärtig gelten (abgesehen von den Ausnahmen) Zölle, die 50 Prozent des am 1. Januar 1960 in Kraft stehenden Tarifs nicht überschreiten dürfen. Ein weiterer Abbau auf 40 Prozent muß bis am 31. Dezember dieses Jahres in Kraft gesetzt werden und sodann schrittweise 10 Prozent bis zur Errei-

chung des Nullpunktes am 31. Dezember 1966. Ohne einen gemeinsamen politischen Willen der Minister, die EFTA zu konsolidieren und mit einem Aktionsprogramm zu versehen, das angesichts der integrationspolitischen Lage die Zusammenarbeit unter den Sieben auf lange Zeit gewährleistet, wäre die zustande gekommene Einigung wahrscheinlich ausgeblieben.

Man hat selbst in Delegationskreisen am Freitag wiederholt von einer eigentlichen «Verhandlungskrise» gesprochen, nachdem der portugiesische Staatsminister bei Sitzungsbeginn eröffnete, die am Vorabend gegebene Zustimmung zum EFTA-Programm könne er nicht mehr aufrechterhalten, zuerst müsse sein Land von den EFTA-Partnern neue Zusicherungen in bezug auf die Wirtschaftshilfe, die Agrarimporte (Wein) und den Kapitalmarkt erhalten. Unverzüglich hat auf Experten- und Ministerebene ein Kreuzfeuer von Verhandlungen begonnen, die erst nach einer gemeinsamen Tafelrunde in der Nacht zum Samstag abgeschlossen wurden. Das Ergebnis war eine Erhöhung der Weinimporte aus Portugal (auch durch die Schweiz), die Öffnung des britischen Kapitalmarktes für Staatsanleihen Portugals und anderer EFTA-Mitglieder, eine Verstärkung der technischen Wirtschaftshilfe.

In der gemeinsamen Erklärung der Minister, die am Samstagnachmittag in Lissabon veröffentlicht wurde, heißt es: «Angesichts der speziellen Probleme jener Mitgliedstaaten, für die die landwirtschaftlichen Exporte von besonderer Bedeutung sind, trafen die Minister gewisse Entscheidungen und schlossen eine Anzahl von bilateralen Vereinbarungen ab, um den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten zwischen den Mitgliedstaaten zu erhöhen.»

Wie man allgemein erwartet hatte, ist von der österreichischen Regierung der «EWG-Vorbehalt» gemacht worden. Die Minister haben ihm mit einem undurchsichtigen und gewundenen Satz in ihrer Erklärung berücksichtigt: «Sie nahmen vom Wunsch der österreichischen Regierung Kenntnis, sich die Möglichkeit vorzubehalten, dem Rat gewisse spezifische Probleme zu unterbreiten, die für Oesterreich auf Grund des neuen Zeitplans entstehen könnten.» Die «gewissen spezifischen Probleme» sind die Eventualität einer Assoziation Oesterreichs mit der EWG, auf die Wien gegenwärtig große Hoffnungen setzt, und der dadurch vielleicht nötig werdende Austritt aus dem Verein des Freihandels. Nur unter dieser Rückzugsmöglichkeit hat Oesterreich den neuen Aktionsproblemen zugestimmt.

Die Auseinandersetzungen der Minister haben schließlich auch den in Genf bevorstehenden Verhandlungen über den Kennedy-Plan gegolten (GATT-Ministerkonferenz am 16. Mai). Die Sieben werden sich an dieser Konferenz wieder treffen und beabsichtigen, ihre Haltung gegenüber dem großen amerikanischen Zollsenkungsplan zu koordinieren.

Lissabon, 13. Mai, ag. (dpa) Internationale Beobachter messen der zu Ende gegangenen EFTA-Ministerkonferenz größere politische

Tribüne
DER FREIEN MEINUNG

Schuttablagerung ...

Obwohl unsere Gemeinde der Liechtensteinischen Kehrichtabfuhr angeschlossen ist und somit über eine moderne Einrichtung bezüglich der Kehrichtverwertung verfügt, muss man feststellen, dass unsere Wälder in einer geradezu frevelhaften Weise verschandelt werden. So kann man bei einem Spaziergang über unsere Waldwege und Strassen von der Conservenbüchse über die Oelkanne bis zum verrosteten Motorrad alles finden, was da einfach so hingeschmissen wurde und nicht gerade zur Verschönerung unserer sonst so herrlichen Landschaft beiträgt. Murmelt irgendwo ein Bergbach oder Bächlein sein heimeliges Lied, so kann man fast sicher sein, dass man sich beim Nähertreten über ein paar halbverrostete Gegenstände im Bachbett ärgern darf. Was für einen Eindruck über unsere Bevölkerung müssen doch Fremde mit nach Hause nehmen, die solche Beobachtungen bei uns machen. Von den Gefahren, die das verschmutzte gerade der Gewässer mit sich bringt, ganz zu schweigen. In der Schweiz, zum Beispiel, werden heute doppelte Anstrengungen unternommen, um beim Gast aus dem Ausland, durch Ordnung und peinliche Sauberkeit, einen guten Eindruck zu erwecken. Wo stehen wir da mit unserer vorerwähnten Unordnung.

Es sollte daher Ehrensache eines jeden Bewohners unserer Berggemeinde sein, dazu beizutragen, unsere schöne Landschaft nicht nur zu erhalten, sondern sie nach Möglichkeit noch zu verschönern.

Ein Naturfreund aus Triesenberg!

als rein wirtschaftliche Bedeutung bei. Bekanntlich bestanden zwischen Großbritannien und Dänemark besonders große Spannungen wegen der Einfuhrkontingente landwirtschaftlicher Produkte. Auch Portugal stellte auf diesem Gebiet, insbesondere was seinen Weinexport betrifft, ganz klare Forderungen. Man kann daher Dänemark und Portugal als Sieger der Konferenz bezeichnen, die durch das Nachgeben Englands ihre Ziele erreichten.

Autoversicherung wird teurer

Versicherungsgesellschaften machen Verluste — Eine Erhöhung der Personenwagenprämie unumgänglich — Stärkere Belastung der «Unfall» genügt nicht, um allgemeinen Prämienaufschlag zu vermeiden — Hochpreisige Wagen stärker belastet

Die in der Unfalldirektorenkonferenz zusammengeschlossenen Versicherungsgesellschaften teilen mit:

Als im Herbst 1962 die Prämien der Haftpflichtversicherung für Lastwagen der gestiegenen Schadenbelastung angepaßt wurden, stand bereits fest, daß auch für Personenwagen und Motorräder eine Neuordnung folgen werde.

Prämien auch für Personenwagen ungenügend

Inzwischen haben die Erfahrungszahlen bestätigt, daß auch bei den Personenwagen zwischen Prämien und Auslagen für Schäden eine stets größer werdende Kluft besteht. Zwei Beispiele mögen zeigen, wie die Rechnung aussieht: die heutige Prämie für einen 6-PS-Wagen beträgt 343 Franken. Auf Grund der Schadenstatistik 1962 hätte sie aber 409 Franken ausmachen sollen. Bei einem 16-PS-Fahrzeug ist die Diskrepanz noch größer: statt der heutigen Prämie von 478 Franken wären 755 Franken richtig gewesen. Die aus obigen Beispielen ersichtlichen Fehlbeträge haben den Versicherungsgesellschaften große Verluste eingebracht, handelt es sich doch allein bei den Personenwagen um etwa 650 000 Fahrzeuge (Stand September 1962).

Dieser Rechnung liegen genaue, mit den Organisationen der Motorfahrzeughalter im Jahre 1958 vereinbarte und vom eidgenössischen Versicherungsamt genehmigte Regeln zugrunde. Die eingerechnete Kostenmarge für den Versicherungsbetrieb ist niedriger als in andern Ländern.

Gleichgewicht angestrebt

Es ist klar, daß dieser Zustand nicht andauern kann. Die Prämien müssen den ständig steigenden

Arbeitsgemeinschaft für Finanzstudien

Eine stete Aufwärtsentwicklung an den Börsen, namentlich in den Jahren von 1957—1960, war der eigentliche Grund dafür, dass sich immer weitere Volkskreise für das Geschäft mit den Wertpapieren interessierte. Die Aktie kam immer mehr in die Hände einer breiten Anlegergeneration, was zwangsläufig zu einer immer stärker werdenden Ueberbewertung der einzelnen Papiere führte. Zahlreiche, periodisch erscheinende Börsenkommentare, teilweise von Nicht-Fachleuten herausgegeben, machten das Börsengeschäft noch schmackhafter und lieferten einen wesentlichen Beitrag zur Ueberbezahlung einzelner Papiere.

Diese ungesunde Expansion führte Ende 1960 naturgemäß zu einer Ernüchterung. Die Kurse fielen rapide und nehmen erst seit relativ kurzer Zeit wieder feste Formen an, nachdem ein grosser Teil der Wertpapiere bis auf den Stand von 1959 herabgesunken ist. Die grossen Verlierer dieser Baisse waren in erster Linie jene Mittelschichten, die mitunter ihr ganzes Sparkapital in Wertschriften angelegt hatten, und den vorangegangenen, ungesunden Aufwärtbewegungen gutgläubig gefolgt waren. Einerseits durch persönliche Unkenntnis, andererseits durch laienhafte verfasste Kommentare verloren dadurch grosse Kreise der sogenannten breiten Anlegerschicht oft nicht durch persönliches Verscheiden relativ viel Geld und nicht selten das Vertrauen zu den Effektenmärkten.

Um derartigen Entwicklungen künftighin entgegenzuwirken, gründeten drei Bankinstitute unter der Federführung der Bank in Liechtenstein AG, Vaduz, Ende 1962 eine «Arbeitsgemeinschaft für Finanzstudien», die ihre Tätigkeit zu Beginn dieses Jahres aufgenommen hat

und nach einer erfolgreichen Anlaufzeit jetzt im Rahmen einer Pressekonferenz, die kürzlich in den Räumen der Bank in Liechtenstein AG in Vaduz stattfand, auch der weiteren Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Die Arbeitsgemeinschaft für Finanzstudien gibt ein monatliches Bulletin heraus, in dem die wichtigsten Ereignisse in Wirtschaft und Politik, soweit sie Einfluss auf das Börsengeschehen nehmen, festgehalten und kommentiert werden und damit eine rasche Orientierung über die kursbildenden Faktoren ermöglichen. Zu diesem Zwecke berichtet diese Publikation periodisch über die ökonomische Situation in den führenden Industrieländern und vermittelt ein regelmässiges Bild und eine Analyse der Weltkonjunktur. Ausserdem werden mehrere Titel vorgestellt und eine Liste ausgewählter Wertpapiere und ihre Kursentwicklung veröffentlicht.

Das Büro der Arbeitsgemeinschaft, das sich in Vaduz befindet und von Dr. Herbert Kleinschmidt geleitet wird, befasst sich ausserdem mit der Erforschung neuer und im Ausbau begriffener Methoden zu einer sicheren Beurteilung der Lage auf dem Aktien-Markt, stellt Vergleiche zwischen einzelnen Werten an und beschäftigt sich überdies mit der Abfassung von Anlageberatungen usw.

Durch die Mitarbeit von ausgewiesenen Fachkräften soll durch die Arbeitsgemeinschaft für Finanzstudien eine Institution geschaffen werden, die als zuverlässige und seriöse Stelle dazu beitragen soll, gut fundierte, der Realität entsprechende Beratungsfunktionen auszuüben und das Börsengeschäft ohne falschen oder spekulativen Einflüsse zu bewerten und damit einer gesunden Wirtschaft zu dienen.